



## MONATSBRIEF UNGARN

MITTWOCH, 4. SEPTEMBER 2024

### Viktor Orbán auf weltweiter „Friedensmission“

#### *Reise in die Ukraine*

Kaum war der Staffelposten der ungarischen Ratspräsidentschaft an Ungarn übergeben worden, setzte der ungarische Ministerpräsident zum diplomatischen Sprint an. Bereits am zweiten Tag der ungarischen Ratspräsidentschaft, dem 2. Juli 2024, reiste Viktor Orbán nach Kiew, um sich mit dem ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj über mögliche Lösungsansätze im Krieg zwischen der Ukraine und Russland auszutauschen. Orbán betonte, dass die Frage des Friedens nicht nur für die Ukraine, sondern für ganz Europa von höchster Bedeutung sei. Orbán warb bei Selenskyj dafür, eine schnellstmögliche und zeitlich befristete Feuerpause zur Beschleunigung der Verhandlungen zu erwägen. Ziel der Reise sei es jedoch nicht gewesen, Selenskyj konkrete Vorschläge zu unterbreiten, sondern vielmehr die Sondierung des ukrainischen Standpunktes.

#### *Streitpunkt Minderheiten*

Im Rahmen der Ukrainereise wurden jedoch auch die drängenden Fragen der bilateralen Beziehungen zwischen Ungarn und der Ukraine angesprochen, darunter auch die Minderheitenfrage. Die ukrainischen Sprachgesetzgebungen und Beschneidungen der Minderheitenrechte in der Ukraine nach 2014 wurden von ungarischer Seite häufig kritisiert und bilden seither einen zentralen Streitpunkt in den bilateralen Beziehungen. Ungarn bemüht sich um eine Wiederherstellung und Wahrung der Rechte autochthoner Minderheiten, besonders im Hinblick auf die ungarische Minderheit in der Karpatenukraine. Im Gegenzug unterstützt es daher die Überlegungen des ukrainischen Präsidenten, ukrainischsprachige Schulen in Ungarn einzurichten und kündigte an, dass der ungarische Staat bereitwillig die Finanzierung eines solchen Projektes übernehmen würde. Ukrainer und Russen bilden zwei der insgesamt 13 autochthonen Minderheiten in Ungarn, welche über weitreichende kulturelle und politische Rechte und Privilegien verfügen. Darunter auch das Recht auf eine schulische Bildung in der jeweiligen Nationalitätensprache. Dieses Recht gilt in erster Linie für ungarische Staatsbürger ukrainischer Nationalität. Aufgrund der Fluchtbewegungen ist in den letzten Jahren jedoch eine große Anzahl an Ukrainern zu der historischen Minderheit hinzugestoßen, was die Schaffung eigener Bildungseinrichtungen rechtfertigt.

#### *Reise nach Russland*

Im Anschluss reiste Orbán weiter nach Moskau, um sich für Gespräche mit dem Präsidenten der Russischen Föderation, Wladimir Putin, zu treffen. Orbán betonte, dass Ungarn allmählich das einzige Land in Europa sei, welches mit beiden Kriegsparteien kommuniziere. Den zuvor bereits in Kiew unterbreiteten Vorschlag einer Feuerpause lehnte Putin jedoch kurzerhand ab und begründete dies damit, dass die Ukraine diese Feuerpause nur für eine erneute Aufrüstung verwenden würde. Ironischerweise ist dies dieselbe Begründung, mit der sich in Deutschland häufig gegen eine Waffenruhe mit Russland ausgesprochen wird. Orbán

betonte im Anschluss, dass die Positionen Russlands sowie der Ukraine weiterhin sehr weit voneinander entfernt seien, jedoch weiter an einem Friedensschluss gearbeitet werden müsse. Frieden, so Orbán, käme nicht von allein, sondern müsse hart erarbeitet werden.



*Von Kiew direkt nach Moskau. Ministerpräsident Viktor Orbán (l.) auf der Suche nach einer Friedenslösung bei Präsident Wladimir Putin (r.) im Moskauer Kreml.*

Quelle: Ministerpräsidentenamt / Vivien Cher Benko

In Europa und der Ukraine stieß die Moskaureise des ungarischen Ministerpräsidenten jedoch auf deutliche Kritik. Ungarn habe auch durch die EU-Ratspräsidentschaft kein Mandat, im Namen der EU zu verhandeln und vertrete nicht den Standpunkt der Europäischen Union, lauteten die am häufigsten vorgebrachten Vorwürfe. Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen bezeichnete die Gespräche als „Appeasement-Politik“, welche Putin nicht stoppen werde. Orbán dürfte in diesem historisch hinkenden Bild die unglückliche Rolle des britischen Premiers Neville Chamberlain am Vorabend des Zweiten Weltkriegs einnehmen. Auch aus der Ukraine kam Kritik, dass Orbán seine Russlandreise nicht mit der Ukraine abgestimmt hatte. Orbán dementierte die Vorwürfe seitens der EU seinerseits und stellte klar, dass er keine Verhandlungen führe und daher auch kein Mandat benötige. Ziel der Reise sei es den Dialog mit den Kriegsparteien aufrechtzuerhalten, deren Standpunkte zu sondieren und Fakten zu klären.

#### *Reise nach China*

Die dritte Station der „Friedensmission“ führte Orbán nach Peking, wo er sich mit Präsident Xi Jinping zu Gesprächen traf. China gilt als enger Partner Russlands und ist für Russland sowohl politisch als auch wirtschaftlich von größter Bedeutung und damit ein gewichtiger Faktor für die weiteren Kriegsanstrengungen Russlands. Oftmals wird gar der Schlüssel zu einer erfolgreichen Verhandlungslösung in Peking gesehen. Xi Jinping wiederum würdigte Viktor Orbán für seine Anstrengungen, den Krieg in der Ukraine politisch beizulegen und

äußerte die Hoffnung, dass die ungarische Ratspräsidentschaft den konstruktiven Dialog zwischen den Kriegsparteien sowie den involvierten Großmächten fördern könnte.

#### *Weitere Stationen und Reise zum NATO-Gipfel*

Ungarn setzte seine diplomatischen Bemühungen auch auf weiteren Foren fort. So warb Orbán beispielsweise auf dem Treffen der Organisation der Turkstaaten im aserbaidischen Şuşa für eine Verhandlungslösung in der Ukraine und rief auch Aserbaidschan dazu auf, den Friedensprozess mit Armenien weiter voranzutreiben. Unmittelbar vor dem Jubiläumsgipfel der NATO in Washington warb Orbán beim Präsidenten der Türkei, Recep Tayyip Erdoğan, für eine Unterstützung der ungarischen Friedensmission. Verhandlungen seien zwar schwierig, jedoch nicht unmöglich, wie das durch die Türkei vermittelte russisch-ukrainische Getreideabkommen gezeigt habe. Den NATO-Gipfel selbst nutzte Orbán, um auf die ursprüngliche Zielstellung der NATO als Friedensprojekt und Verteidigungsbündnis zu verweisen. Die zunehmende Involvierung der NATO bzw. der NATO-Mitgliedstaaten in den Konflikt in der Ukraine bezeichnete er als besorgniserregend und gefährlich. Die NATO solle keine Kriege, sondern den Frieden gewinnen, betonte Orbán. Um den Frieden zu gewinnen, gehe es in erster Linie darum, die Verteidigungsfähigkeiten der Mitgliedstaaten auszubauen. Ungarn habe sich hier als verlässlicher Partner erwiesen und gebe seit vergangenem Jahr mehr als die erforderlichen zwei Prozent des BIPs für die Landesverteidigung aus sowie investiere signifikante Summen in die Modernisierung der Streitkräfte und den Ausbau der eigenen Kapazitäten. Ungarn stärke die NATO-Kontingente im Kosovo und dem Irak, beteilige sich am Schutz des NATO-Luftraumes im Baltikum und der Slowakei und fördere durch den gezielten Aufbau der landeseigenen Rüstungsindustrie zudem die strategische Autonomie der NATO sowie der Europäischen Union. Im Anschluss an den NATO-Gipfel besuchte Viktor Orbán noch den ehemaligen Präsidenten der USA und aktuellen Kandidaten der Republikaner, Donald Trump, in Florida. Orbán zeigte sich zuversichtlich, dass Trump im Falle eines erneuten Wahlsieges die Friedensgespräche vorantreiben werde.

#### **Patrioten für Europa auf Anrieb drittstärkste Fraktion im Europaparlament**

Am 8. Juli 2024 wurde im Europäischen Parlament die neue Fraktion „Patrioten für Europa“ (Pfe) gegründet. Dieser Schritt markiert eine deutliche Neuausrichtung im politischen Gefüge des Parlaments. Die Initiative ging von Viktor Orbán aus, nachdem die ungarische Regierungspartei Fidesz 2021 nach ihrer Suspendierung endgültig aus der Europäischen Volkspartei (EVP) ausgetreten war. Seither stand Fidesz vor der Herausforderung, ohne Fraktionszugehörigkeit eine neue politische Heimat zu finden – eine Heimat, die sie nun in der Pfe sieht.

Die Pfe basiert auf dem „Patriotischen Manifest“, das am 30. Juni 2024 als Startschuss in Wien verabschiedet und von FPÖ-Chef Herbert Kickl, dem ungarischen Ministerpräsidenten Viktor Orbán und dem tschechischen Ex-Premier Andrej Babiš unterzeichnet wurde. Das Manifest fordert ein „Europa der Nationen“, das auf den Prinzipien nationaler Souveränität, kultureller Identität und Unabhängigkeit basiert. Es plädiert für eine stärkere Berücksichtigung der Interessen der einzelnen Nationen und ihrer Bürger und sieht sich bewusst als Alternative zu einem europäischen Zentralstaat.

Mit insgesamt 84 Abgeordneten aus 14 Parteien und zwölf Ländern hat die Pfe schnell an Bedeutung gewonnen. Zu den prominentesten Mitgliedern zählen die ungarische Fidesz, die österreichische FPÖ, die tschechische ANO und der französische Rassemblement National. Die breite Mitgliederbasis spiegelt das Bestreben der Pfe wider, eine Plattform für verschiedene konservative und patriotische Strömungen zu schaffen, die sich von den bestehenden politischen Gruppierungen im Europäischen Parlament nicht mehr ausreichend vertreten fühlten.

Im Europäischen Parlament werden die Ausschussposten in der Regel nach dem Proporzverfahren vergeben, wobei die politischen Präferenzen der dominierenden Fraktionen ebenfalls eine Rolle spielen. Trotz ihres schnellen Aufstiegs zur drittstärksten Fraktion im Parlament wurde der Pfe jedoch der Zugang zu Schlüsselpositionen in den Parlamentsausschüssen verwehrt. Grund dafür ist der sogenannte Cordon Sanitaire („Brandmauer gegen rechts“), eine Abmachung der etablierten Fraktionen – Europäische Volkspartei (EVP), Sozialdemokraten (S&D), Renew Europe und Grüne/EFA – die darauf abzielt, die Pfe und ähnliche Gruppierungen zu isolieren und von Machtpositionen fernzuhalten. Die politischen Fronten im Europäischen Parlament sind damit klar abgesteckt und die ideologischen Spannungen spürbar.

Umso kontroverser wurde die politische Quarantäne der Pfe in Ungarn wahrgenommen, als die neu ins Europaparlament eingezogene Oppositionspartei Tisza um Péter Magyar im Gegenzug gleich mit allen drei ungarischen Spitzenpositionen in den Ausschüssen bedacht wurde. Tisza war erst im Juni neu in die EVP eingetreten und hatte damit die bis dato dort verbliebene Fidesz-Koalitionspartei KDNP aus der Fraktion verdrängt.

Mit ihren Forderungen nach einem „Europa der Nationen“ positioniert sich die Pfe zwar pro-europäisch, lehnt jedoch die aktuelle EU-Konzeption ab, die auf einer stärkeren Zentralisierung beruht. Die Wahrscheinlichkeit eines Zusammenschlusses der drei Mitte-Rechts-Fraktionen ist hoch, was ihr politisches Potenzial erheblich steigern könnte. Die kommenden Monate und Jahre werden zeigen, wie diese neue Kraft sich im komplexen Gefüge der europäischen Politik behaupten und etablieren kann.

### **Ukraine blockiert russische Öllieferungen in die EU**

Seit dem Beginn des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine im Februar 2022 fließen weiterhin russisches Öl und Gas durch Pipelines, die ukrainisches Gebiet durchqueren. Nun könnte es jedoch zu einem Wendepunkt in Sachen europäische Energiepolitik kommen. Der Berater von Präsident Wolodymyr Selenskyj, Mychajlo Podoljak, erklärte kürzlich in einem Interview erneut, dass die Ukraine plane, den Transit von russischem Gas, dessen Verträge Ende 2024 auslaufen, aber womöglich auch Öl, ab dem 1. Januar 2025 zu stoppen. Ziel dieses Schrittes sei es, Russland wichtige Einnahmequellen zu entziehen und gleichzeitig den Druck auf Länder zu erhöhen, die stark von russischen Energieträgern abhängig sind.

Ein solcher Transitstopp hätte weitreichende Folgen für mehrere europäische Länder, allen voran die Slowakei, Tschechien und Ungarn. Diese Länder sind derzeit noch stark auf russische Energie angewiesen, ein plötzlicher Ausfall könnte erhebliche wirtschaftliche und politische Konsequenzen haben. Aufgrund ihrer großen Abhängigkeit von russischem Öl haben diese Staaten ferner eine Ausnahme vom 2022 verhängten Ölembargo der EU erhalten,

welche ihnen die Möglichkeit weiterer Lieferungen via die sogenannte Druschba-Pipeline offenhält. Außenminister Szijjártó betonte mehrfach, dass Ungarn ungeachtet der kritischen Haltung anderer EU-Mitgliedstaaten an dieser Vereinbarung festhalten müsse, um die Energiesicherheit des Landes zu gewährleisten, da es bis dato keine alternative Infrastruktur gebe. Dies treffe auch auf die Slowakei und Tschechien zu.

Gleichzeitig zeigten Medienberichte, dass bestehende Verträge über den Öltransit teilweise bis 2029 gültig sind. Podoljak stellte klar, dass die Ukraine diese Verträge respektieren werde. Nichtsdestotrotz entschied sich Kiew im Juli per Gesetzesänderung zu Sanktionen gegen den russischen Erdöllieferanten Lukoil, die dem Konzern die Nutzung ukrainischer Pipeline-Kapazitäten untersagen. Das von Lukoil gelieferte Ölvolumen von zwei Millionen Tonnen machte bis dato rund ein Drittel des ungarischen sowie über 40 Prozent des slowakischen Bedarfs aus.

Laut Außenminister Szijjártó sei die Entscheidung als „Blitz aus heiterem Himmel“ gekommen. Ungarn und die Slowakei hätten infolgedessen koordiniert ein Schiedsgerichtsverfahren bei der EU angestrengt. Die Ukraine verstoße gegen das Assoziierungsabkommen mit der EU, in welchem sie den Transit von Energieträgern aus russischen Quellen zugesichert habe. Weiterhin wies der Minister darauf hin, dass die Ukraine im Juni 2024 42 Prozent ihrer Stromimporte aus Ungarn bezogen habe, überdies die ungarischen Netzbetreiber sich bemühten, das Land an den europäischen Stromverbund anzukoppeln: „Nicht die Weltmeister im Phrasendreschen, sondern das von diesen unermüdlich und pausenlos angeklagte Ungarn hilft der Ukraine in diesen schweren Zeiten, ihre Energiesysteme am Laufen zu halten.“ Das in der Nachbarschaft gelegene Bulgarien bat infolge des ukrainischen Schrittes bereits technische Hilfe an, um Ungarn in dieser schwierigen Lage zu unterstützen.

Was die zukünftige Sicherstellung der Gasversorgung anbelangt, so traf sich der ungarische Außenminister Anfang September mit dem Gazprom-Chef Alexej Miller zu mehrstündigen Gesprächen in St. Petersburg. Sicher im Zusammenhang mit der zukünftigen Unsicherheit der Ukraine als zuverlässiger Lieferpartner, ließ sich Budapest langfristige Garantien der Liefervereinbarung über die südliche Transportroute TurkStream durch das Gebiet der Türkei, Bulgariens und Serbiens versichern. „Gazprom hält seine Lieferverpflichtungen ein, während sich die Türkei, Bulgarien und Serbien so verhalten, wie man das von zuverlässigen Transitstaaten erwarten möchte“, so der Außenminister.

Die Auswirkungen des Versuchs der Ukraine, die russischen Anbieter vom europäischen Öl- und Gasmarkt zu verdrängen, könnten für die Europäer Fluch und Segen zugleich sein. Einerseits dürfte eine geringere Abhängigkeit von russischem Öl und Gas zweifelsohne die Energieunabhängigkeit Europas stärken. Andererseits dürfte es in einigen Ländern mittelfristig zu Versorgungsengpässen und höheren Energiepreisen führen, insbesondere in denjenigen, die stark auf russische Lieferungen angewiesen sind.

### **Historische Jubiläen und Jahrestage**

#### *35 Jahre Paneuropäisches Picknick*

Am 19. August 2024 jährte sich das Paneuropäische Picknick, ein historisches Schlüsselereignis in Fall des Eisernen Vorhangs und der deutschen Wiedervereinigung, zum

35. Mal. Zu diesem Anlass reisten der ungarische Staatspräsident Tamás Sulyok und sein deutscher Amtskollege, Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier, an die österreichisch-ungarische Grenze ins ungarische Sopron (Ödenburg), wo einst der Stacheldraht West- und Ost trennte, um den Fest- und Gedenakt gemeinsam zu begehen und ein starkes Zeichen für die deutsch-ungarische Freundschaft zu setzen. „Die Freiheitsliebe der Ungarn hat den Deutschen die Einheit ermöglicht. Ungarn öffnete von hier aus ein Fenster, das zur gesamten Welt hin aufging“, honorierte Steinmeier das Ereignis. Sulyok betonte: „Lassen wir nie wieder einen Eisernen Vorhang oder Stacheldraht in den Köpfen zu!“

Im weiteren Verlauf der Reise besuchten die Staatsoberhäupter außerdem die Gedenkstätte für die vertriebenen Ungarndeutschen in Fertőrákos (Kroisbach), wo sie der Opfer der Vertreibung und Zwangsaussiedlung von 1946 und des Zweiten Weltkriegs gedachten. Im Anschluss lud der Bundespräsident seinen ungarischen Kollegen zum Gegenbesuch nach Berlin ein. Im Rahmen eines Essaywettbewerbs des Deutsch-Ungarischen Jugendwerks anlässlich des Jubiläums konnten sich überdies auch zwei deutschsprachige MCC-Stipendiaten zu den stolzen Gewinnern zählen und sich über ihre Preise freuen, die ihnen von der Präsidentin des Jugendwerks, Dr. Erzsébet Knáb in Anwesenheit der beiden Staatspräsidenten überreicht wurden.



*Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier (l.) und Staatspräsident Tamás Sulyok (r.) an der Gedenkstätte für das Paneuropäische Picknick und den Eisernen Vorhang in Sopron (Ödenburg).*

Quelle: MTI / Noémi Bruzák

### *Gedenken anlässlich des 80. Jahrestags des Roma-Holocausts*

Ein weniger hoffnungsvoller Jahrestag jährte sich im gleichen Monat zum 80. Mal. Am 2. August wurde im Budapester Holocaust-Gedenkzentrum eine Gedenkfeier anlässlich des 80. Jahrestags des Roma-Holocausts abgehalten. Teilnahme an der Veranstaltung, die erstmals 1972 durch den Weltkongress der Roma ins Leben gerufen worden war, auch Attila Sztojka, der Regierungsbeauftragte für die Belange der Roma. Sztojka erinnerte an den Mut und den Widerstandsgeist der Roma im Konzentrationslager Auschwitz-Birkenau selbst in Angesicht

ihrer drohenden Ermordung in den Gaskammern. Laut Schätzungen wurden im Laufe des Zweiten Weltkriegs 200.000 bis zu zwei Millionen Roma verfolgt und getötet. Aus dieser beispiellosen Tragödie der Geschichte müsse man lernen. Er mahnte, auch heute noch würden rassistische Vorurteile die Gesellschaft vergiften. In einer normalen Welt aber gebe es keinen Unterschied zwischen Roma und Nicht-Roma.

#### *800-Jahr-Feier der Abtei Pannonhalma*

Die Erzabtei Pannonhalma ist die Keimzelle des ungarischen Christentums. Ursprünglich wurde das Benediktinerkloster auf dem Martinsberg, dem Heiligen Berg Pannoniens, im Jahre 996 von Fürst Géza I., gestiftet. Sein Sohn, der ungarische Staatsgründer und erste König, Stephan I. der Heilige, christianisierte von hier aus mithilfe bayerischer Mönche das Land und weihte im Jahre 1001 neben dem Kloster die erste Kirche. Im Zuge des Mongolensturms wurden die Abtei und ihre Klosterkirche im 13. Jahrhundert beschädigt, sodass die Kirche St. Martin im Jahre 1224 neu aufgebaut und geweiht wurde. Seither besteht sie bis heute.

Anlässlich ihres nunmehr 800-jährigen Bestehens hielt Staatspräsident Tamás Sulyok eine Festrede auf dem Martinsberg und zeichnete den Erzabt von Pannonhalma mit dem Offizierskreuz des Ungarischen Verdienstordens aus. „Das Christentum bildet das moralische Fundament Ungarns“, erinnerte der Staatspräsident. Kein Land und keine Gesellschaft könnten ohne moralische Grundlage bestehen. Pannonhalma sei seit Anbeginn mit der Geschichte des ungarischen Staates verflochten, symbolisierte die christliche Identität des Landes und nehme eine gewichtige Rolle dabei ein, die Zukunft der Nation zu gewährleisten. „An diesem Ort wird seit eintausend Jahren die Sprache des Friedens gesprochen“, so Sulyok. In diesem Sinne erhob er im Weiteren sein Wort gegen Vorurteile, Hass und Krieg im Namen des Friedens, Dialogs, Respekts und der menschlichen Würde.

### **Neues aus der ungarischen Politik, Wirtschaft und Gesellschaft**

#### *OB Karácsony bleibt nach dritter Auszählung im Amt*

Im Nachgang der Budapester Oberbürgermeisterwahlen schuf Anfang Juli eine dritte Auszählung der Wahlstimmen nun endgültige Gewissheit. Gergely Karácsony, amtierender OB und Spitzenkandidat des Linksbündnisses, wurde mit einem nunmehrigen Vorsprung von 293 Stimmen vor seinem Herausforderer Dávid Vitézy im Amt bestätigt. Die neuerliche Neuauszählung war am 5. Juli vom Ungarischen Verfassungsgericht angeordnet worden, welches den vorangegangenen Beschluss der Kurie über die Feststellung der offiziellen Wahlergebnisse infolge der ersten Neuauszählung im Juni für verfassungswidrig erklärt hatte. Der Nationale Wahlausschuss NVB müsse sämtliche 781.767 gültigen Stimmen der Kommunalwahlen überprüfen und neu auszählen. Die Ergebnisse bestätigten die Erstauszählung. Es habe nur minimale Abweichungen gegeben, die Wahlkommission habe am 9. Juni hervorragend gearbeitet, so der NVB-Vorsitzende.

#### *Ungarischer Staatspräsident in Österreich und der Slowakei*

Anfang Juli stattete Staatspräsident Tamás Sulyok seinem österreichischen Amtskollegen Alexander Van der Bellen einen Besuch in Wien ab. Inhalt der Besprechungen waren die österreichisch-ungarische strategische Partnerschaft sowie die enge Zusammenarbeit und Freundschaft. Fachlich wurden insbesondere die Verkehrsbeschränkungen an den

burgenländischen Grenzübergängen diskutiert, die einen Streitpunkt zwischen beiden Ländern darstellten. Neben Van der Bellen traf sich Sulyok auch mit Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka, mit dem er über den Ukraine-Krieg und die Rechte der Nationalitäten sprach. Im Mittelpunkt der Reise stand auch das Thema des wachsenden Antisemitismus in Europa: „Ungarn hat null Toleranz für Antisemitismus. Wir stehen an der Seite Israels, weil es das Recht hat, sich zu verteidigen“, so Sulyok. Er betonte aber auch, dass man das palästinensische Volk nicht mit der Terrororganisation Hamas gleichsetzen dürfe.

Einen Monat später, im August, reiste auch der ungarische Parlamentspräsident László Kövér, zu seinem Amtskollegen Sobotka nach Wien, wo sie über den ungarischen EU-Ratsvorsitz, wirtschaftliche Zusammenarbeit und den Grenzschutz zum Ziel der Eindämmung der illegalen Migration sprachen. Österreich unterstützt Ungarns Grenzschutz mit der Entsendung von Grenzpolizisten. Ferner standen auch hier weiterhin die Themen Antisemitismus sowie Krieg im Gaza und in der Ukraine auf der Agenda. Insbesondere betonten die Parlamentspräsidenten auch ihre Unterstützung für den EU-Beitritt der Westbalkanstaaten.

Tamás Sulyok hingegen empfing nach seiner Wien-Reise Mitte Juli seinen slowakischen Amtskollegen Peter Pellegrini zum Staatsbesuch in Budapest. Dieser wies darauf hin, dass Bratislava sich konstruktiv an der ungarischen EU-Ratspräsidentschaft zu beteiligen gedenke: „Die Slowakei wird sich an keinem Versuch beteiligen, die ungarische Ratspräsidentschaft zu boykottieren. Ich denke nicht, dass man jemanden bestrafen muss, weil er einen Dialog in Gang setzen will.“ Darüber hinaus dankte er Ungarn für die Zusage zur Verlängerung des Schutzes des slowakischen Luftraums durch die ungarische Luftwaffe bis Ende 2025. Auf der weiteren Agenda der strategischen Partnerschaft standen die Zusammenarbeit in der Wirtschaft und der Nuklearenergie sowie die EU-Erweiterung um den Westbalkan.

#### *Peter Magyar wird Vorsitzender der Tisza-Partei*

Die Delegiertenversammlung der neu aufgestiegenen Oppositionspartei Tisza um den Politik-Aufsteiger Peter Magyar wählte diesen nun auch offiziell zum Parteivorsitzenden. Damit löst Magyar den bisherigen Gründungsvorsitzenden ab. An seiner Seite werden zukünftig zwei Stellvertreter stehen: Der bisher völlig unbekannte Márk Radnai, den Magyar erst am vorangegangenen Wochenende persönlich vorgestellt hatte und der für „operative Belange“ zuständig sein werde sowie Zoltán Tarr, der Delegationsleiter der Tisza-Partei im Europaparlament. Derzeit würden Tausende Mitgliedanträge bearbeitet, so die Partei.

#### *Ungarische Geburtenzahl bricht ein*

Die Anzahl der Geburten im Land ist im I. Halbjahr des Jahres 2024 drastisch gesunken. Laut Zahlen der ungarischen Statistikbehörde KSH erblickten in den ersten sechs Monaten des Jahres nur 37.933 Kinder das Licht der Welt – im Vorjahreszeitraum waren es noch 41.957 gewesen. Damit ging die Anzahl der Geburten um 9,6 Prozent im Vergleich zum Vorjahreszeitraum zurück und auch die Fertilitätsrate sank von 1,5 im Jahre 2023 auf 1,36 ab.

Dieser Einbruch in der Geburtenanzahl dürfte zumindest teilweise auf die durch den Krieg in der Ukraine verursachten wirtschaftlichen Verwerfungen zurückzuführen sein, die in Ungarn bis heute nachwirken und die Entscheidung zur Familiengründung beeinflussen dürften. Ungarn erlebte eine hohe und langanhaltende Inflation, mit einem Höhepunkt von 25,7 Prozent im Januar 2023, welche sich erst zum Januar 2024 auf einem akzeptablen Niveau von 3,8 Prozent stabilisierte. Die in der Natur der Sache liegende mehrmonatige Verzögerung,

bevor sich Entscheidungen der Familienplanung in der offiziellen Statistik niederschlagen, führt dazu, dass sich die allmähliche Entspannung der wirtschaftlichen Lage frühestens zum Ende des Jahres in den Geburtenzahlen widerspiegeln könnte. Der Juli bildet jedoch bereits einen Silberstreif am Horizont. Mit 6.793 Lebendgeburten war der erste Monat des II. Halbjahres bereits der geburtenstärkste Monat des Jahres und damit hoffentlich ein Vorbote der sich anbahnenden Entspannung.

#### *Munitionsfabrik in Várpalota übergeben*

Ende Juli wurde die hypermoderne Munitionsfabrik im ungarischen Várpalota offiziell an den Düsseldorfer Rüstungskonzern Rheinmetall übergeben. Die Fabrik ist Teil des 400 Hektar großen Várpalotaer Industrieparks und zählt zu den modernsten Munitionsproduzenten Europas. An der Zeremonie nahmen der ungarische Verteidigungsminister, der Vorstandsvorsitzende der Rheinmetall AG sowie zahlreiche Politiker teil. Mit dem neuen Standort wurden mehr als 200 Arbeitsplätze geschaffen, so der Minister. Die Produktion wird im Oktober 2024 aufgenommen. Der Bau eines weiteren Produktionsgebäudes für Artilleriemunition ist bereits in vollem Gange.

#### *Greenpeace-Teilsieg vor Kurie gegen Tourismusprojekt am Neusiedler See*

Im Streit um die Nutzung des Naturschutzgebietes rund um den Fertő-See (Neusiedler See) bekam die internationale Umweltschutzorganisation Greenpeace in einem aufsehenerregenden Urteil der ungarischen Kurie nun recht. Die Beweislast, ob das Tourismusprojekt des beklagten Investors im Rahmen seiner Bauarbeiten die örtliche Naturlandschaft beeinträchtigt oder nicht, liege beim Investor selbst. Damit stellte sich die Kurie gegen die Auffassung des Gerichtshofs in Győr, der in voriger Instanz geurteilt hatte, nicht etwa der Investor müsse beweisen, dass seine Baggerarbeiten die Flora und Fauna des Sees nicht schädigen würden, sondern Greenpeace, dass sie es doch täten. Damit wurde ein wegweisendes Präzedenzurteil für den ungarischen Umweltschutz gesprochen. Der Neusiedler See gilt als Natura-2000-Gebiet. Damit ist er sowohl Nationalpark als auch europäisches Schutzgebiet.

#### *Sieben von zehn Ungarn: Kein Budget für größeren Sommerurlaub*

Laut einer Umfrage des Publicus-Instituts können sich mehr als zwei Drittel der Ungarn keine größere Urlaubsreise mehr leisten. 69 Prozent der Befragten gaben an, keinen Sommerurlaub zu planen, der eine Woche oder länger sei. Am ehesten auf lange Auslandsreisen begaben sich noch die 18-25-Jährigen (45 Prozent), wohingegen der Anteil nach Altersgruppen bis zu den Über-60-Jährigen auf 15 Prozent absank. Jeder Sechste bezifferte sein Urlaubsbudget auf lediglich 100.000 Forint (rund 250 Euro), ein weiteres Viertel auf 100.000-300.000 Forint (250-750 Euro). 44 Prozent der Ungarn gaben an, über Monate hinweg für die Reise sparen zu müssen.

### **Neues aus Bildung und Forschung**

#### *Ein Ungar auf Weltraummission*

Der ungarische Astronaut Tibor Kapu hat im amerikanischen Houston in Texas das Training für seinen bevorstehenden Weltraumflug aufgenommen. Als Teil einer internationalen Crew aus den USA, Indien, Polen und Ungarn wird er die Mission Axiom Space Ax-4 zur Internationalen Raumstation (ISS) in Kooperation mit der Europäischen

Weltraumorganisation (ESA) durchführen. Mit einer Falcon-9-Rakete des Unternehmens SpaceX werden die Astronauten ins All starten, wo sie 14 Tage verbringen sollen. Ziele der Mission sind die wissenschaftliche Forschung, der Test von Technologien sowie die kommerzielle Nutzung des Weltraums im Rahmen einer internationalen Weltraumgemeinschaft.

### *Start ins neue Schuljahr*

Am Montag, den 2. September, begann für rund 1,5 Millionen ungarische Schüler das neue Schuljahr. Zu diesem Anlass wurde in Dunakeszi das neue, moderne „Schülerviertel“ eingeweiht, das größte Schulprojekt der ungarischen Geschichte auf über 30.000 Quadratmetern Fläche. Das neue Gymnasium bietet Platz für 1.500 Schüler, die in 20 modern ausgestatteten Klassenräumen lernen werden. Weitere 26 Klassenräume stehen der angeschlossenen Berufsschule samt kombiniertem Technikum zur Verfügung. Ergänzt wird der Komplex durch eine Turnhalle, eine Mensa mit 500 Plätzen sowie ein Schwimmbad. „Entwicklung kann es nur dort geben, wo auf höchstem Niveau unterrichtet wird, unterstützt durch modernste Technologien“, hob Außenminister Szijjártó auf der Eröffnungszeremonie hervor.

Einen weiteren Meilenstein verkündete der Staatssekretär des Innenministeriums Ende August: Für das neue Schuljahr habe man fast 13 Millionen Schulbücher kostenlos an die rund 1,2 Millionen Schüler im öffentlichen Bildungswesen verteilt. Für 80.000 besonders bedürftige Familien habe man ferner die Schulausstattungen für den Schulanfang übernommen. Hinzukommen 200 neue digitale Lehrmaterialien auf dem Nationalen Bildungsportal. Bis Ende 2025 sollen überdies weitere 100.000 Laptops an Schüler ausgeliefert werden. In den letzten Jahren waren bereits 450.000 Geräte verteilt worden. Auch eine vergünstigte bis kostenlose Schulspeisung für Großfamilien wird subventioniert. Ab dem 1. September trat eine neue Maßnahme in Kraft, die jungen Fahrschülern in der öffentlichen Schul- und Berufsausbildung die Kosten für den theoretischen Teil der Führerscheinprüfung erstattet. Die Gehälter der Lehrer wurden in diesem Jahr um 32 Prozent erhöht, zum ersten Januar 2025 steht eine weitere Erhöhung um rund 21 Prozent an, womit der Bruttolohn für Lehrer erstmals über die 2.000-Euro-Marke rutschen würde. Diese Wertschätzung sei wichtig, so die Regierungssprecherin, „denn die Zukunft unserer Kinder liegt in den Händen der Pädagogen“.

### *Handy-Verbot an ungarischen Schulen*

Für kontroverse Debatten sorgte eine erst Anfang August, mitten in den Sommerferien, erlassene Verordnung des Innenministeriums, wonach digitale Geräte der Schüler auf dem Schulgelände in Zukunft verboten werden. Diese seien bei Zuwiderhandlung seitens der Lehrkräfte zu beschlagnahmen und im Regelfall jeden Morgen einzusammeln und erst nach Schulschluss vor dem Nachhauseweg wieder herauszugeben. Begründet wurde die Maßnahme mit der Verbesserung der Lernergebnisse und sozialen Kompetenzen und Beziehungen der Kinder. Der Verschluss der in der Regel teuren Technik müsste allerdings von den Lehrkräften aufwendig dokumentiert werden. Die Verwendung der privaten digitalen Geräte im Unterricht, die das digitale Zeitalter oftmals auch voraussetzt, müsste von den Lehrern hingegen umständlich beantragt werden, was zu hohem administrativen Aufwand und peinlichen Prozeduren für Lehrer und Schüler führt. Häufig klagten die Schulen auch schlichtweg über einen mangelnden geeigneten sicheren Aufbewahrungsort für die Technik.

Neben viel Unmut bei Lehrern, Eltern und Schülern, sorgte die neue Rechtsnorm auch für einen drastischen Präzedenzfall, der in der Entlassung eines Schuldirektors in Budapest mündete. Dieser wurde mit sofortiger Wirkung von seinem Direktorenposten entlassen, nachdem er in einem Rundbrief an die Eltern bekanntgegeben hatte, niemand werde die Laptops, Tablets und Handys ihrer Kinder „beschlagnahmen“. Weiter hieß es in dem Schreiben: „Unsere Schule verfolgt das Ziel, die Jugendlichen zum richtigen Umgang mit der digitalen Kultur zu erziehen, was nicht durch Verbote gelingt.“ Das Ministerium begründete den drastischen Schritt mit den Worten: „Eine Person, die sich Rechtsnormen offen widersetzt, kann keine staatliche Einrichtung leiten.“ Infolgedessen protestierten mehrere hundert Menschen, darunter Schüler und ehemalige Schüler des Madách-Gymnasiums, gegen die Entlassung des Schulleiters. Anstelle von Verboten müsse man den Jugendlichen den richtigen Umgang mit dem Smartphone beibringen. Der ehemalige Schulleiter des deutsch-ungarischen Gymnasiums selbst indes verabschiedete sich in beiden Sprachen mit den Worten Martin Luthers, was an diesen Machthabern noch national und was christlich sei? Es sei davon auszugehen, dass viele Schuldirektoren der neuen Rechtsnorm nicht oder nur eingeschränkt Folge leisten werden.

#### *Mehr als 90.000 neue Studenten*

Am 24. Juli wurde auf der traditionellen „Punkte-Party“, dieses Mal in Debrecen, bekanntgegeben, wer die Aufnahme an seine bevorzugte Universität geschafft hatte. Um Punkt 20 Uhr gingen die ersehnten SMS auf die Smartphones der angehenden Studenten. Über 90.000 junge Menschen erhielten für das kommende Semester eine Zusage ihrer Hochschule. Laut dem Kulturministerium interessiert sich erfreulicherweise auch wieder im zweiten Jahr in Folge ein größerer Teil für die MINT-Fächer der Technik, Naturwissenschaften, Ingenieurwissenschaften, Informatik und Agrarwissenschaften. Jeder zweite Student wird an einer Universität außerhalb Budapests studieren. Die stärkste Uni von diesen ist Debrecen mit rund 10.000 Neuzugängen. Die höchsten Aufnahmehürden verzeichnete hingegen die Corvinus-Universität in Budapest, die lediglich rund 1.850 Erstsemester akzeptierte. Weitere 12.000 werden an der ELTE, über 4.750 an der TU Budapest (BME) studieren.

#### *Pannónia-Programm: Auslandsstipendien für junge Ungarn*

Zwölf glückliche ungarische Studenten konnten sich Ende August über die Zusage zur Aufnahme in das Pannónia-Programm freuen. Unter insgesamt 77 Bewerbern konnten sich die Gewinner letztlich für das hochdotierte Auslandsstipendium durchsetzen. Der Gesamtbetrag des Programms beläuft sich auf rund 1 Millionen Euro. Die Stipendiaten erhalten eine Summe zwischen 35.000 und 70.000 Euro für Lebens- und Wohnkosten im Ausland. Die meisten der geförderten Studenten werden im September ihr Studium an einer Hochschule in der Schweiz oder Großbritannien aufnehmen. Eine Voraussetzung für eine Förderung im staatlichen Programm ist, dass die jungen Menschen ihr im Ausland erworbenes Wissen in Zukunft zum Wohle des Landes einzusetzen gedenken.

## Neuigkeiten vom Deutsch-Ungarischen Institut

### *Praktikumsausschreibung*

Das Deutsch-Ungarische Institut vergibt ab 2025 **neue Praktikumsstellen** an interessierte **Studenten aus dem deutschsprachigen Raum**. An unserem Institut bieten wir den Praktikanten eine Auslandserfahrung in einem dynamischen Team mit fachbezogenen und verantwortungsvollen Aufgaben, individueller Betreuung und voller ERASMUS+-Kompatibilität in den **Bereichen Forschung, Veranstaltungsmanagement, Kommunikation und Begabtenförderung**. Interessiert? Den Link zu unserer Ausschreibung finden Sie [hier](#).

### *Ausschreibung für ein Junior Visiting Fellowship*

Das Deutsch-Ungarische Institut vergibt ab sofort **neue Stipendien als Junior Visiting Fellow** an interessierte **junge Wissenschaftler bis 35 Jahre aus dem deutschsprachigen Raum**. An unserem Institut bieten wir eine mehrmonatige Fellowship in einem internationalen Arbeitsumfeld mit **geisteswissenschaftlichem Fachbezug** und deutschsprachigem Team, inkl. An- und Abreise, Krankenversicherung, monatlichem Stipendium, Arbeitsplatz, Reisemöglichkeiten und Teilnahme an Veranstaltungen und internationalen Konferenzen, uvm. Dabei legen wir Wert auf einen professionellen und familienfreundlichen Ansatz. Genaue Details zur Stipendiums Ausschreibung finden Sie [hier](#).

### *Vergangene Veranstaltungen*

Am **26. Juli 2024** hielt das Deutsch-Ungarische Institut für Europäische Zusammenarbeit eine Paneldiskussion auf der Bühne des MCC im Rahmen des **Tusványos-Festivals** in **Bad Tuschnad in Siebenbürgen, Rumänien** ab. In der englischsprachigen Veranstaltung mit dem Titel „**Germany – historical and political experimental field?**“ diskutierten die Teilnehmer **Prof. Dr. Oliver W. LEMBCKE**, Professor für Politikwissenschaft an der Ruhr-Universität Bochum, **Boris KÁLNOKY**, Leiter der Medienschule des MCC, **Frank SPENGLER**, Berater des DUI und ehemaliger Leiter des Auslandsbüros Ungarn der Konrad-Adenauer-Stiftung und **Henning SABENRATH**, Junior Visiting Fellow am DUI, die Prozesse in der führenden Wirtschaftsnation Europas. Als Moderator führte **Alexander RASTHOFER**, Forschungs koordinator am DUI, durch die Podiumsdiskussion. Den Veranstaltungsbericht finden Sie [hier](#).



Vom **1. bis 3. August 2024** fand in **Esztergom** das inzwischen vierte **MCC Feszt** statt, in dessen Rahmen das Deutsch-Ungarische Institut zum dritten Mal eine Podiumsdiskussion veranstaltete. Am **2. August 2024** diskutierten **Kai DIEKMANN**, Journalist, Berater und ehemaliger Chefredakteur der Welt am Sonntag und der Bild-Zeitung, **Armin PETSCHNER-MULTARI**, Geschäftsführer von TheRepublic, sowie **Franca BAUERNFEIND**, Autorin und ehem. Bundesvorsitzende der Jungen Union, mit Moderator **Bence BAUER**, Direktor des DUI, auf öffentlicher Stadtbühne das englischsprachige Thema „**Be Mainstream or Be Quiet – Is there a Limit for Freedom of Speech in Germany?**“. Rund 70 Zuschauer lauschten der Podiumsdiskussion in der Esztergomer Altstadt. Den vollständigen Bericht finden Sie [hier](#).

Zwischen dem **13. und 17. August 2024** veranstaltete das Deutsch-Ungarische Institut für Europäische Zusammenarbeit in Kooperation mit der Deutsch-Ungarischen Gesellschaft in der Bundesrepublik Deutschland e.V. sein inzwischen traditionelles **III. Deutsch-Ungarisches Sommercamp in Révfülöp** am Plattensee (Balaton) unter dem Motto „**Deutschlands und Ungarns Zukunft in Europa**“. Die Woche bot ein vielfältiges politisches und fachliches Programm, kombiniert mit Ausflügen, Festivitäten und zahlreichen weiteren Freizeitaktivitäten. Durch Podiumsdiskussionen, Vorträge und Workshops von Referenten aus beiden Ländern hatten die rund 30 jungen Teilnehmer aus Deutschland, Österreich und Ungarn die Möglichkeit, ein breites Themenspektrum zu erkunden und die Kultur des jeweils anderen besser zu verstehen. Den Bericht unserer Studenten finden Sie auf unserer [Homepage](#).

**Sachsen und Thüringen** haben gewählt. Aus diesem Anlass veranstaltete das Deutsch-Ungarische Institut am Wahltag, dem **1. September 2024**, einen **Wahlabend samt Live-Übertragung und Analyse der Wahlergebnisse**. Die ungarischsprachige Veranstaltung am **MCC Budapest** unter dem Titel „**Steht Deutschland vor einem politischen Erdbeben?**“ wurde von **Levente SZIKRA**, Leitender Analyst des Zentrums für Grundrechte, moderiert. Mit ihm auf dem Podium ordneten **Bence BAUER**, Direktor des DUI, **Zoltán KISZELLY**, Direktor des Zentrums für politische Analysen der Századvég-Stiftung, und **Dr. Ágoston Sámuel MRÁZ**, Direktor des Nézőpont-Meinungsforschungsinstituts, die Wahlergebnisse ein. Den Veranstaltungsbericht können Sie unter folgendem [Link](#) abrufen.

#### *Bevorstehende Veranstaltungen*

In diesem Jahr jährt sich die **offizielle Grenzöffnung der österreichisch-ungarischen Grenze vom 11. September 1989 zum 35. Mal**. Anlässlich dieses historischen Ereignisses der deutsch-ungarischen Beziehungen veranstaltet das Deutsch-Ungarische Institut einen **Doppelfestakt in Berlin und Budapest**. Die Festveranstaltung mit dem Titel „**In Ungarn begann die Freiheit**“ findet am **4. September 2024** in Kooperation mit der **Deutsch-Ungarischen Gesellschaft in der Bundesrepublik Deutschland e.V.** und der **Botschaft von Ungarn** im Gebäude der Botschaft von Ungarn in **Berlin** statt. Neben musikalischer Untermauerung erwarten die Gäste Zeitzeugenvorträge von **Ralf SCHULER**, Journalist des Nachrichtenportals Nius, und **Dr. Péter GYÖRKÖS**, Botschafter Ungarns in der Bundesrepublik Deutschland. Anschließend wird zum Empfang geladen. Weitere Informationen zur Berliner Veranstaltung finden Sie [hier](#).

Am **11. September 2024** laden das Deutsch-Ungarische Institut und die Deutsch-Ungarische Gesellschaft ans **MCC Budapest**, wo neben musikalischer Untermauerung und den Zeitzeugenvorträgen überdies auch Grußworte der Gesandten der Deutschen Botschaft in

Ungarn, **Christiana MARKERT**, sowie des Ministers des Ministerpräsidentenamtes, **Gergely GULYÁS**, gesprochen werden. Auch hier folgt ein anschließender Empfang. Die Anmeldung zur Budapester Veranstaltung finden Sie [hier](#).

Am **19. September 2024** wird **Péter DOBROWIECKI**, Forschungsleiter am DUI, einen Vortrag am **MCC Dunaszerdahely in der Slowakei** zum Thema **„Deutscher Fanatismus – politischer und religiöser Extremismus in Deutschland“** halten. Sprache der Veranstaltung wird Ungarisch sein. Weitere Informationen entnehmen Sie der Webseite des MCC Dunaszerdahely.

Zwischen 26. und 28. September 2024 wird **Prof. Dr. Rainer LISOWSKI**, Professor für Public Management an der HSB Hochschule Bremen, in Ungarn zu Gast sein. Im Rahmen seines Aufenthalts hält Lisowski am **27. September 2024** einen Vortrag am **MCC Szekszárd** mit dem Titel **„Unter Druck. Westliche Demokratie zwischen innerer Überforderung und äußerer Herausforderung“**. Die Veranstaltungsinformationen finden Sie in Kürze auf der Webseite des MCC Szekszárd.

Am **29. September 2024** wird in **Österreich** gewählt. Zu diesem Anlass veranstaltet das Deutsch-Ungarische Institut einen **Wahlabend am MCC Budapest mit Live-Übertragung und Analyse der Ergebnisse**. Nähere Informationen zum Programm und Anmeldeungslinks finden Sie in Kürze auf unserer Webseite.

Am **1. Oktober 2024** wird **Dr. Hubertus KNABE**, wissenschaftlicher Mitarbeiter im Projekt „Die Mordanschläge der Stasi“ an der Julius-Maximilians-Universität Würzburg und Visiting Fellow am DUI, einen Vortrag am **MCC Veszprém** zum Thema **„Aus den Geheimarchiven der Stasi – Von der Balaton-Brigade zum Fall der Berliner Mauer“** halten. Alle Informationen zur Anmeldung erhalten Sie in Bälde auf der Webseite des MCC Veszprém.

### *Veröffentlichungen*

„**Make Europe Great Again**“ – unter dem Titel des offiziellen Mottos der ungarischen EU-Ratspräsidentschaft berichtet **Bence BAUER**, Direktor des DUI, in seinem Artikel in der **Preußischen Allgemeinen Zeitung** vom **3. Juli 2024** über ungarischen EU-Programm für das zweite Halbjahr 2024. Was steckt hinter dem ostentativen Slogan? Alle Einzelheiten erreichen sie unter diesem [Link](#). Der Artikel wurde in verschiedenen Textfassungen in den folgenden Tagen überdies in der [Weltwoche](#), in der [Budapester Zeitung](#) und in der [Berliner Zeitung](#) veröffentlicht.

Im Artikel **„Viktor Orbán in Kiew und Moskau“** analysiert **Bence BAUER**, Direktor des DUI, am **6. Juli 2024** in der **Preußischen Allgemeinen Zeitung** die ersten Stationen der „Friedensmission“ von Ministerpräsident Viktor Orbán. Den Artikel finden Sie [hier](#).

Am **11. Juli 2024** gab Institutsdirektor **Bence BAUER** der **Berliner Zeitung** ein Interview mit dem Titel **„Deutschlands Rolle ist im Abnehmen begriffen“** über die neue EP-Fraktion Patrioten für Europa und die deutsch-ungarischen Beziehungen. Dieses Interview finden Sie unter folgendem [Link](#).

Am **13. Juli 2024** analysierte **Bence BAUER** im Artikel **„Patrioten für Europa – Die Rolle von Viktor Orbán“** die neue rechts-konservative EP-Fraktion in Brüssel. Den Artikel finden Sie bei [Tichys Einblick](#). Am **19. Juli 2024** erschien die korrespondierende Analyse bei der [Budapester Zeitung](#).

Im Artikel „**Mit globalen Akteuren für den Frieden**“ schloss **Bence BAUER** an seine Analyse der Stationen der „Friedensmission“ Viktor Orbáns an. Der Artikel erschien am **13. Juli 2024** auf [Ungarnreal](#). Eine weitere Analyse folgte zum selbigen Thema in der [Budapester Zeitung](#) vom **19. Juli 2024**.

**Tamás FONAY**, Projektkoordinator am DUI, widmete im Nachgang der „Friedensmission“ den Brüsseler Reaktionen auf diese einen Artikel in der [Budapester Zeitung](#) vom **2. August 2024** mit dem Titel „**Brüssel antwortet mit fragwürdigen Überreaktionen**“. Den vollständigen Artikel finden Sie [hier](#).

Im **August 2023** erschien im Regensburger **Pustet-Verlag** das **Ungarn-Jahrbuch, Band 39**, herausgegeben vom geschäftsführenden Direktor des Hungaricum - Ungarischen Instituts der Universität Regensburg, **Prof. Dr. Zsolt K. LENGYEL**. In diesem ist ein ausführlicher Beitrag von Institutsdirektor **Bence BAUER** mit dem Titel „**Eckpfeiler des Wahlsystems und der Wahlrechtsanwendung in Ungarn. 2014 kam die Wahlrechtsnovelle erstmals zur Anwendung**“ erschienen. Genaueres finden Sie auf unserer [Webseite](#), den Sammelband können Sie [hier](#) bestellen.

Am **29. August 2024** erschien in der **Tagespost** eine **Sonderbeilage** der Reihe „**Im Fokus**“ mit dem Titel „**Ungarn ist anders**“. Im Rahmen der **zehn Artikel** aus verschiedensten Themenfeldern der ungarischen Politik, Wirtschaft, Kultur uvm. publizierten verschiedene Autoren des MCC und des Deutsch-Ungarischen Instituts. Nähere Informationen zur Sonderbeilage finden Sie [hier](#), die Artikel unter folgendem [Direktlink](#).

### *Besuchstipp*



Ein Stück Stacheldraht im Gedenkpark zum Paneuropäischen Picknick erinnert noch an den Eisernen Vorhang.  
(Quelle: visitsopron.com)

Das Paneuropäische Picknick am 19. August 1989 war einer der Schlüsselmomente der deutsch-ungarischen Freundschaft. An diesem Tag konnten Hunderte DDR-Bürger über die österreichisch-ungarische Grenze nach Westen ausreisen, ein Ereignis, das den ersten Stein aus der Berliner Mauer schlug. Diesen August jährte sich der Tag zum 35. Mal. Noch heute erinnert eine eindrucksvolle Gedenkstätte an der ehemaligen Grenzanlage des Eisernen Vorhangs an dieses denkwürdige Geschehnis der europäischen Einheitsgeschichte. Der Gedenkpark samt Besucherzentrum, das 2019 zum 30-jährigen Jubiläum übergeben wurde, sind nicht nur für Geschichtsfans einen Besuch wert und sorgen für eine würdige Erinnerung.

---

Der **Monatsbrief Ungarn** wird auch in der Folge immer am ersten Mittwoch des Monats in Ihrem E-Mail-Fach zu finden sein.

Impressum: Deutsch-Ungarisches Institut für Europäische Zusammenarbeit

Direktor: Bence Bauer

Zuständige Mitarbeiter: Alexander Rasthofer, Tristan Csaplár, Katharina Vilimsky

Büro: 1113 Budapest, Tas Vezér u. 3-7

Postadresse: 1518 Budapest, Pf. 155

Web: <https://www.deutsch-ungarisches-institut.hu/>

E-Mail: [mni@mcc.hu](mailto:mni@mcc.hu)